Alina Crăciunescu
Temeswar

Die Bedeutung der Medien in der Entwicklung der deutschen Orthographie

1. Einleitung

Diese Arbeit verfolgt das Ziel, die Bedeutung der Medien in der Regelung und Reform der deutschen Rechtschreibung zu untersuchen. Dabei werden die Hintergründe und Konsequenzen der Reaktionen in den Medien gezeigt. Zum besseren Verständnis der heutigen öffentlichen Debatte zur Rechtschreibung werden die Reaktionen der Medien zu den orthographischen Festlegungen und Reformbemühungen ab 1876[1] dargestellt und analysiert. Die bis 2005 noch gültige Regelung der deutschen Rechtschreibung geht auf die 2. Orthographische Reform 1901 in Berlin zurück. Das bestimmende Ziel war damals die Herstellung der Einheitlichkeit in der Schreibung.
Die Teilnehmer an der Wiener Konferenz 1986 waren der Ansicht, dass man intensiver in Richtung Einfachheit weiterarbeiten müsste, da der heutige Regelkomplex unübersichtlich und schwer handbar sei. Der Grund dafür besteht in den zwischenzeitlichen Eingriffen in die Regelung von 1901, infolgedessen das Regelwerk erheblich umfangreicher ist als es ursprünglich vorgesehen war:

> Grundsätzliches Einvernehmen wurde darüber erzielt, die auf der Orthographischen Konferenz von 1901 in Berlin erreichte einheitliche Regelung der deutschen Rechtschreibung den heutigen Erfordernissen anzupassen. Insbesondere geht es darum, die in vielen Teilbereichen der Rechtschreibung im Laufe der Zeit kompliziert gewordenen Regeln zu vereinfachen (Internationaler Arbeitskreis für Orthographie 1992: IX).

Seit dem 19. Jahrhundert besteht das Bemühen die deutsche Rechtschreibung zu vereinheitlichen und zu vereinfachen; es ergeben sich nun die Fragen, inwieweit sich die Medien mit den Reformbestrebungen auseinander gesetzt haben und welche Konsequenzen dies hatte. Bei der Beantwortung dieser Fragen ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Standpunkte und der vorgebrachten Argumente notwendig.

[1] 1876 fand in Berlin die 1. Orthographische Konferenz statt.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Hierzu werden im Folgenden die wichtigsten Aspekte der Rechtschreibdiskussion in den Medien zwischen 1876 und 2004 in den Vordergrund gestellt.

2. Die Reaktion der Medien auf die orthographischen Reformbemühungen

2.1 Die Reaktion in den Medien auf die Konferenz von 1876

Die Medien reagieren überwiegend positiv auf die Einberufung der Konferenz zur Herstellung einer einheitlichen deutschen Orthographie. In der Presse herrscht allerdings Erstaunen darüber, dass Raumers Entwurf[2] zur Reform der deutschen Rechtschreibung nicht bekannt gegeben wird. Daher verwundert es nicht, dass ein Teil der Presse und der Öffentlichkeit trotz der Einsicht in die Notwendigkeit der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Rechtschreibung den Bestrebungen mit Misstrauen zusieht (Küppers 1984: 65).
Offensichtlich ist die positive Darstellung der Reformbemühungen in der **Kölnischen Zeitung**, die von Anfang an die Durchführung der Rechtschreibreform befürwortet:

> Wir beharren auf der durchgreifenden Ausmerzung des dehnenden h. Ohne Reinigung keine Einigung! Zahlreiche Zuschriften, deren in einem Anhange des vorliegenden Büchleins Erwähnung geschieht, haben uns keinen Zweifel gelassen, dass dies der Wahlspruch ist, der das öffentliche Urtheil in der orthographischen Frage beherrscht. Soll die Arbeit einmal angegriffen werden, so geschehe es mit beherztem Mute. Einmal müssen die Herren Verleger sich gefallen lassen, dass ihre Ware in orthographischer Beziehung veraltet [...] (Schmits, Chef-Redakteur der **Kölnischen Zeitung**[3]).

Während der Sitzungstage und nach Abschluss der Beratungen richtet sich der Widerspruch der Presse gegen die partielle Tilgung des Dehnungszeichens (Jansen-Tang 1988: 56). Dies werfen auch die Reformgegner (wie Scherer, Sanders, Töche u.a.) den Befürwortern vor; Sanders bringt in der **Nationalzeitung** noch das Argument des Traditionsbruches vor:

> Sollte man in der That vor einem Bruch mit dem Bestehenden in unserer Rechtschreibung nicht zurückschrecken und die Einführung fremdartiger und befremdender Schriftbilder nicht scheuen zu müssen glauben, so würde man doch jedenfalls besser thun, sich gleich zu einer entschiedenen, durchgreifenden und an das Ziel führenden ganzen Maßregel zu entschließen, als zu einer kaum minder

[2] Als Konferenzvorlage dienten das von Raumer entworfene orthographische Regelwerk mit Wörterverzeichnis und seine Erläuterungen dazu.
[3] Vgl. weitere Dokumente dazu in Nerius (Hrsg.) (2002), 2.2 Öffentliche Urteile (1876).

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

> gewaltsamen halben, die doch zu ihrem Abschluss unwiderruflich nach wenigen Jahrzehnten einer ähnlichen zweiten bedürfte (1876, No. 71).

Die Forderungen des Publikums sind die Vereinheitlichung und Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung gewesen, darauf gehen die Medien nun ein und betonen, dass eigentlich keines dieser beiden Ziele erreicht worden ist. So verwundert es nicht, dass die Rechtschreibreform auf heftigen Widerstand in der Presse stößt und der von Lammers auf dem Journalistentage in Wiesbaden gestellten Antrag zur Ablehnung der Reform einstimmig angenommen wird:

> Die in der Zeitungspresse verknüpften Interessen sträuben sich gegen eine sprungweise, gewaltsame Reform der deutschen Rechtschreibung. Der Journalistentag thut in ihrer Vertretung daher Einspruch wider einen etwaigen Versuch eine derartige Radicalreform von der Schulvertretung her durch amtlichen Zwang dem Leben aufzudrängen- während er nichts einzuwenden hat gegen eine von Zeit zu Zeit wiederholte amtliche Feststellung der aus dem literarischen Leben der Nation von selbst hervorgewachsenen Einzelverbesserungen für die Zwecke des öffentlichen Unterrichts und ebenso wenig natürlich gegen fortgehende praktische Verbesserungsversuche, die von einzelnen Schriftstellern, Zeitungen, Druckereien usw. auf ihre eigene Verantwortlichkeit hin unternommen werden mögen (Wortlaut des von Lammers gestellten Antrages 1876).

Eine Tendenz zur Emotionalisierung der Diskussion über die Rechtschreibreform wird in den Medien bemerkbar, wie zum Beispiel in Scherers Berichten über die Berliner Konferenz (Küppers 1984: 67):

> Die Rücksicht auf die Schule überwog; das Machtgefühl des Lehrers, der seinen Schülern befehlen kann, was er will, schien die Conferenz in ihrer überwiegenden Majorität zu leiten. […] Und so fasste man Beschlüsse welche meiner innigsten Überzeugung nach nicht geeignet sind, die herrschende Verwirrung zu vermindern, welche im Gegentheil dazu beitragen müssen, dieselbe zu vermehren, und welche überdies, wenn ich nicht irre, ohne theoretische Berechtigung sind (**Deutsche Rundschau**, 2. Jahrgang Heft 6).

Infolge des öffentlichen und politischen Druckes[4] entscheidet der Unterrichtsminister Dr. Falk, dass die Beschlüsse der Berliner Konferenz nicht durchgeführt werden.

[4] In einem Gespräch, von dem sein Freund berichtet, äußert sich Bismarck über die Rechtschreibreform: „Er sprach mit wahrem Ingrimm über die Versuche, eine neue Orthographie einzuführen. Er werde jeden Diplomaten in eine Ordnungsstrafe nehmen, welche sich derselben bediene. [...] Er werde das zur Kabinettsfrage machen, wenn Falk auf diesen Schwindel einginge“ (zit. nach Küppers 1984: 71-72).

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

2.2 Die Reaktion auf die „Puttkamersche“- Orthographie

Zur Problematik der neuen Rechtschreibung beziehen die Zeitungen und Zeitschriften in höherem Maße als zuvor Stellung. Hinsichtlich der Haltung der Presse zu diesem Thema stellt der bedeutende Sprachwissenschaftler Wilmanns[5] Folgendes fest:

> Die Presse beschäftigte sich eifrig mit der Angelegenheit; einzelne Blätter begrüßten die Verordnung mit Freuden, viele verhielten sich ablehnend, andere nahmen eine zuwartende Stellung ein; [...] manche Artikel waren augenscheinlich dazu bestimmt, das Publikum zu verwirren, andere es durch ungeheure Vorstellungen zu schrecken, wieder andere es mit Spott und keckem Hohn zu belustigen. Als ich mich entschlossen habe, diese Bogen zu schreiben, habe ich, abgesehen von kleineren Notizen, weit über hundert Zeitungs-Artikel gelesen [...] sehr wenige fand ich darunter, die von Sachkenntnis zeugten und den Wunsch bekundeten, ihren Lesern zu einem auf Sachkenntnis begründeten Urteil zu verhelfen; viele waren darauf bedacht, widerstrebende Empfindungen zu wecken, und hielten sorglich fern, was die Erregung hätte mildern können; manche gingen augenscheinlich darauf aus, die orthographische Angelegenheit als politisches Mittel zu verbrauchen und das urteilslose Publikum gegen den unbeliebten Minister zu hetzen („Deutsche Orthographie“ 2000: 335-336).

Aus diesem Kommentar ist ersichtlich, dass es wesentlich mehr ablehnende als befürwortende Stellungnahmen in der Presse gegeben hat.
Die **Kölnische Zeitung** setzt sich auch diesmal sachlich und objektiv mit der Rechtschreibreform auseinander, indem sie dem Publikum die neuen Regelungen vorstellt und weitere Verbesserungsvorschläge berücksichtigt (Küppers 1984: 80-81). Bezüglich des preußischen Regelbuches weist die **Norddeutsche Zeitung** darauf hin, dass „seit langer Zeit [...] kaum das Erscheinen eines Buches mit so großer Befriedigung begrüßt worden sei, als dasjenige dieser kleinen Schrift“ (ebd. 80-81). Weitere positive Kommentare dazu erscheinen aber nur noch selten. Zum einen sind die Berichterstattungen der Reformgegner eher emotional; zum anderen führt das Problem der Einführung der Puttkamerschen Orthographie zu einem politischen Konflikt zwischen Bismarck, dem „Eisernen Kanzler“ (vgl. dazu Schulze 1996: 6), und Puttkamer, dem Kultusminister, woran sich die Vertreter der Medien sehr interessiert gezeigt haben. Somit stößt der Reformgedanke auf den

[5] Wilhelm Wilmanns hat im Auftrag des preußischen Kultusministers von Puttkamer ein orthographisches Regelwerk für die Schulen erarbeitet. Dieses Regelbuch ist 1880 erschienen.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Widerstand eines großen Teils des Parlaments[6], der Regierung sowie auch der Presse.
Auch diesmal wird das Argument des Traditionsbruches und des Generationskonfliktes vorgebracht.
Eine sachgerechte Darstellung des Problems oder Verbesserungsvorschläge werden in der Presse nicht mehr angeboten.

2.3 Die Reaktion in den Medien auf die Konferenz von 1901

Obwohl sich die „preußische Schulorthografie“ auch in den Reihen der Bevölkerung durchsetzt, besteht immer noch keine Einheitlichkeit in der Schreibung, da viele Zeitungen, Zeitschriften und Buchdruckereien ihre Publikationen nach eigener Hausorthographie verfassen, so dass es weiterhin Unterschiede zwischen der Schulschreibung und der Behördenschreibung gibt. Die Medien nehmen dazu Stellung, dass die orthographische Zersplitterung dem Ausländer das Erlernen der deutschen Sprache erschwert, und daher ein Hindernis in der Verbreitung der Sprache darstellt (Küppers 1984: 92-93).
Die Ergebnisse der Konferenz von 1901 werden im Allgemeinen von der Presse als ein „Schritt nach vorwärts“ bezeichnet. Schon vor der Tagung kritisiert aber die **Kölnische Zeitung**, dass zu wenige Sachverständige und überhaupt kein Vertreter der Presse an den Beratungen teilgenommen haben (ebd.: 94):

> Auf keinem Gebiete ist die Hülfe der Presse so notwendig und unentbehrlich wie gerade auf dem Gebiete der Rechtschreibung. Sie, die seit Jahrzehnten unermüdlich gewesen ist in der Förderung der Reinheit der Sprache und der Vereinfachung der Rechtschreibung, sie, die gerade auf diesem Gebiete nicht nur besonders in Mitleidenschaft gezogen wird, sondern auch vielfach hervorragend sachverständig ist [...] sie wird hier, wo die Grundlagen festgelegt, wo die Grenzen gesteckt werden sollen, innerhalb deren Neuerungen durchzuführen sind, von der Bureaukratie einfach zur Seite geschoben.

Trotz dieser Kritik verpflichtet sich die **Kölnische Zeitung**, die neue Rechtschreibung nach dem Erscheinen der Verordnung einzuführen (ebd.: 95).
Auf der II. Orthographischen Konferenz[7] wird festgelegt, dass der gesamte deutsche Sprachraum die neuen Regeln annimmt und dass

1. „die beteiligten Länder sich verpflichten [...], von der einheitlichen Rechtschreibung nicht ohne wechselseitige Verständigung abzuweichen;

[6] Bismarck hat sich öffentlich im Parlament gegen die „preußische Schulorthografie“ ausgesprochen und deren Anwendung den Behörden verboten.
[7] Siehe weitere Beschlüsse der Konferenz in Nerius (Hrsg.) (2002), Protokoll der II. Orthographischen Konferenz (1901).

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

2. die einheitliche Rechtschreibung nicht auf die Schule beschränkt bleibe, sondern auch für den amtlichen Gebrauch der Behörden unbedingte Geltung erlange“ (Protokoll der II. Orthographischen Konferenz 1901).

Dass noch Mängel im Regelkomplex vorhanden sind, haben die Teilnehmer an der Konferenz gewusst; ihr Ziel war aber die Einheitlichkeit der Orthographie und dies ist erreicht worden. Deshalb verlieren auch die Reaktionen in der Presse an Schärfe und Unsachlichkeit. Ein anderer Grund dafür ist, dass die Öffentlichkeit in Bezug auf die angestrebten Beschlüsse der orthographischen Konferenz aufgeklärt wurde (Küppers 1984: 95).

2.4 Die Reaktion der Presse auf die Reformbemühungen zwischen 1902 und 1919

Zwischen 1902 und 1919 nehmen Zeitungen und Zeitschriften nur selten an der Rechtschreibdiskussion teil. Die große Anzahl der Doppelschreibungen ist auch in der Presse auf Kritik gestoßen; man fordert eine Einschränkung dieser Formen. Das Problem wird durch die Einführung der „Rechtschreibung der Buchdruckereien deutscher Sprache“ und des „Amtlichen Wörterverzeichnisses für den Gebrauch in den preußischen Kanzleien“ gelöst. Infolge der Vereinigung der 2. Auflage des Buchdrucker-Dudens von 1907 mit der 8. Duden-Auflage von 1905 entsteht 1915 die 9. Auflage des Rechtschreib-Dudens, in der keine Doppelformen mehr vorkommen (Jansen-Tang 1988: 66-67).

2.5 Die Presse und die Reformbestrebungen 1920-1921

Die Reformvorschläge von 1920 und 1921 werden in der Presse heftig kritisiert.
Die Artikelüberschriften deuten schon auf die Emotionen hin, welche in diese Diskussion eingebracht werden:

> „Umwälzung im Duden“, „Die Revolution der deutschen Rechtschreibung“, „Drohender Umsturz unserer Rechtschreibung“, „Der Dadaismus in der Rechtschreibung“, „Umsturz oder Rechtschreibung“, „Bolschewismus in sprachgeschichtlicher Beleuchtung“ (zit. nach Küppers 1984: 101).

Sogar Medien wie die **Kölnische Zeitung**, die in der Vergangenheit eine Befürworterin der Reform war, fragen nun:

> Haben wir in der gegenwärtigen kaiserlosen Zeit, die wahrhaft eine schreckliche Zeit ist, nicht eine Fülle anderer und dringendere Aufgaben als die, darüber hin und her zu streiten, ob kaiserlos nicht besser mit ei und schrecklich besser mit kk geschrieben würde? (ebd.: 101)

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Der Großteil der Kommentatoren in der Presse ist der Ansicht, dass die Rechtschreibreform überflüssig sei und äußert sich dazu folgenderweise:

> Eine Rechtschreibung, wie sie von diesen Leuten befürwortet wird, diene Schwachsinnige(n), die nicht die elementarsten Dinge begreifen.
> Ziel ist es, die [...] Sprache und Rechtschreibung zum peinlich genauen Ausdruck neuzeitlichen Normalidiotentums zu machen (ebd.: 102-103).

Die Vertreter der Verlegerschaft befürchten große Kosten und Umstellungsschwierigkeiten im Falle der Durchsetzung der Reform, deshalb lehnen sie „den orthographischen Bolschewismus“ ab (vgl. hierzu Näheres in Jansen-Tang 1988:70). Die Proteste des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, die parteipolitischen Kämpfe und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen dazu bei, dass der Versuch einer Rechtschreibreform scheitert (Jansen-Tang 1988: 70).

2.6 Die Haltung der Presse zu den Orthographiebestrebungen zwischen 1921 und 1933

In dieser Zeitspanne erscheinen in der Presse sehr selten Aufsätze oder Artikel zur Rechtschreibung.
In den meisten wird der Leser aufgefordert, die Rechtschreibung mit „gebührender Achtung“ und „wahrer Ehrfurcht“ zu betrachten, denn die Einführung der Kleinschreibung wird bestimmt „einen kulturellen Niveauverlust“ zur Folge haben. Wer Interesse an der Neuregelung der Rechtschreibung zeigt, ist ein schwachsinniger Ignorant“ oder ein „böswilliger Ketzer“ (zit. nach Küppers 1984: 108).
Diesmal wird das Argument der finanziellen Kosten bei der Durchsetzung einer Rechtschreibreform nicht mehr vorgebracht, einerseits weil die Gegner es nun als der Kultur unwürdig betrachten, andererseits weil die Wirtschaft jetzt den Reformgedanken befürwortet (vgl. dazu Jansen-Tang 1988: 78, Küppers 1984: 108)[8].
Die negative Einstellung gegenüber der Person des Orthographiereformers hat sich aber nicht geändert. Er wird als „Kleinschriftapostel“ und „Utilitaristen“ bezeichnet und mit „amerikanischen Prohibitionisten verglichen, da sie ahnungslos seien, dass auch die Laster ihre vernunftgemäße Begründung hätten“ (ebd.: 109).

[8] Jansen-Tang (1988: 78) stellt fest, dass es diesmal nicht mehr nur um „rein ökonomische Interessen“ geht, sondern auch um „das Bewusstsein in einem neuen, technischen Zeitalter zu leben: ingenieurmäßiges Denken, neues Formgefühl, Zweckmäßigkeit, Rationalisierung, das Zeitalter der neuen Sachlichkeit.“

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

2.7 Die Reaktion in den Medien auf die Vorschläge 1933-1944

Lautsprecher und Rundfunk haben eine bedeutende Rolle in dieser Zeitspanne gespielt. Sie werden auch vom Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (1943: 7) als wichtige Mittel der Teilhabe an der Volksgemeinschaft bezeichnet.
1938 deutet Ahmels darauf hin, dass „Lautsprecher und Rundfunk (...) auch den letzten Volksgenossen in den Hörbereich der politischen Führerrede einbezogen" hätten (zit. nach Birken-Bertsch/Markner 2000: 60).
Das Propagandaministerium kontrolliert sowohl den Rundfunk, der zum zentralen Propagandainstrument wird, als auch die Presse. Obwohl es schon seit 1938 den „Verbot einer Diskussion über Rechtschreibungsfragen in der Presse" gegeben hat, wird die Debatte in der nationalsozialistischen Zeitung **Das Reich** fortgesetzt. Ausgehend von Hitlers Ziel Weltherrschaft zu erringen, rückt nun der Gedanke in den Vordergrund, dass eine internationale Rechtschreibung, die schnell erlernbar ist[9], eingeführt werden sollte. Der Autor Wolfgang Müller bezeichnet im **Reich** vom 26.10.1941 die Aktion der Deutschen, im Moment ihrer historischen Machtentfaltung dem Ausland auf geistigem Gebiet entgegenzukommen, als paradox, auch wenn es nur in Form einer „Anpassung" ihrer Rechtschreibung ist (ebd.: 86).
Die SS-Zeitung **Das schwarze Korps** vom 26.03.1942 fällt durch eine gröbere Stellungnahme dazu auf: Man sollte nicht „fremdstämmigen Analphabeten sozusagen auf halbem Wege" entgegenkommen und somit die Schreibung vereinfachen, weil dies nicht zur Verbreitung der deutschen Sprache führe.

> Beweis: am einfachsten zu erlernen wäre die Sprache der Australneger; [...] ihre Rechtschreibung ist die einfachste der Welt, denn sie schreiben überhaupt nicht. Trotzdem ist aus der Sprache der Australneger keine Weltsprache geworden. Weltsprache wird vielmehr die Sprache solcher Völker, die Weltgeschichte machen. Das letztere aber besorgt gegenwärtig nicht der Deutsche Sprachverein, sondern das deutsche Volk (ebd.).

Im Jahre 1944 wird vom Reichserziehungsministerium unter dem Minister Rust das Buch „Regeln für die deutsche Rechtschreibung und Wörterverzeichnis" neu herausgegeben. Die Reaktion der Presse auf die Neuregelung wird einem Geheimbericht des Propagandaministeriums entnommen. Da heißt es: „Unter der Überschrift 'der Filosof und das Plato' und ähnlichem veröffentlichen viele

[9] Linser (1939: 209) erläutert hierzu Folgendes: „Großdeutschland soll die beste und modernste Schreibung der Welt haben. Die Erlernbarkeit der deutschen Sprache wird erhöht und namentlich unsere Brüder im Auslande werden dankbar sein dafür, dass wir ihnen den Kampf um die Bewahrung ihrer Muttersprache erleichtern."

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Zeitungen Artikel“ zu den neuen Regeln der deutschen Rechtschreibung. Diese Artikel hätten in der Bevölkerung „Verwunderung und starkes Befremden hervorgerufen. Es wurde geäussert: ‘hat das Reichserziehungsministerium im fünften Kriegsjahr keine anderen Sorgen’?“ (zit. nach Küppers 1984: 112)
In diesem Zusammenhang weisen Birken-Bertsch/Markner (2000: 107) auf einen Führerbefehl[10] hin, der am 24. August 1944 übermittelt wird:

> Der Führer, dem die Angelegenheit durch eine Pressenotiz bekannt wurde, ordnete die Zurückstellung der gesamten Rechtschreibungsarbeiten bis Kriegsende an. Er betonte, eine Reform der Rechtschreibung sei alles andere als kriegswichtig, daher sei jede weitere Bearbeitung dieser Angelegenheit umgehend einzustellen.

Demzufolge werden als Gründe für das Scheitern der Rechtschreibreform folgende Probleme genannt (vgl. dazu Birken-Bertsch/Markner 2000: 110, Küppers 1984: 113): einerseits das strategische Unvermögen des Ministers Rust und die Machtverhältnisse innerhalb der Führungsspitze des NS-Staates, andererseits die schwierige Zeit des „allgemeinen Umbruchs“, in welcher die Orthographie das einigende Band aller Deutschen darstellt.

2.8 Die Reaktion in der Presse auf die Reformbestrebungen 1945-1953

Zwischen 1945-1953 melden sich in der Presse zahlreiche Gegner der Rechtschreibreform zu Wort. Sie lehnen die Reformvorschläge ab, vor allem den einer gemäßigten Kleinschreibung, „da sie hierin nicht nur einen Anschlag auf die Schrift, sondern auch eine Attacke auf die Sprache“ erblicken, wie auch folgende Beispiele zeigen (zit. nach Küppers 1984: 117):

> Haben erst einmal diese Schneider [...] das Sprachkleid auf einen Lendenschurz für Basutoneger zurecht geschnippelt, geht auch die Sprache mit.

Der Wert der Schrift dürfe nicht vermindert werden, denn wer den „[...] Wert der Schrift schädigt, schädigt die Sprache selbst.“

Diese Reform sei das Werk einer „gottfernen, gottfremden Wissenschaft“, die mit einer technischen Reform die Schrift in ihrer Grundlage vernichten wolle.“

Die Befürworter dieser Reform werden von der Presse als „technische Puristen und Simplizisten“ bezeichnet, die sich „als propagandisten einer ostzonenortografi“ betätigen. In Bezug auf ihre Reformidee seien sie „Fanatiker,

[10] Birken-Bertsch/Markner (2000: 110) ziehen auch die Möglichkeit in Betracht, dass die von Rust beauftragten Experten unberechtigterweise den Anschein erweckt hätten, auf einen Führerbefehl hin zu handeln.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

und so wie es Menschen gibt, die die Anti-Alkohol-Bewegung oder die Rohkostlehre für den Mittelpunkt sämtlicher irdischer Probleme halten, so glauben auch manche Rechtschreibungssektierer, dass der wichtigste Schritt zu einer geistigen Neugeburt des deutschen Volkes getan werde, wenn man sich nur entschließen könnte, die Rechtschreibregeln zu vereinfachen“ (ebd.).
Im Gegensatz zu diesen Tendenzen erklären sich die Kritiker der Rechtschreibreform „Wahrer und Verteidiger der Kultur und der Interessen des deutschen Volkes“. Sie werfen den Reformern vor, sie hätten mit ihren Vereinfachungen das Ziel, „Eselsbrücken für geistig Minderbemittelte“ zu schaffen, „ein Bestreben, welches für das ganze Volk geistig verflachend wirke“ (ebd.: 118).

2.9 Die Aufnahme der Reformansätze 1954-1957 in den Medien

Heftige Auseinandersetzungen in den Medien ruft Süßkinds polemischer Artikel gegen die Stuttgarter Empfehlungen[11] hervor. Dieser Artikel, verfasst von einem Mitglied der Stuttgarter Verhandlungen, erscheint in der **Süddeutschen Zeitung** vom 22./23.05.1954 unter der Überschrift „Die Hofräte sind für ‘die libe’/ Von der Arbeit der Sprachpfleger“ und stellt den Auslöser einer großen Anzahl von unterschiedlichen Stellungnahmen dar.
Die Diskussion über die Rechtschreibreform im neuen Medium Fernsehen weckt das Interesse der Öffentlichkeit. Innerhalb der Reihe „Gespräch des Monats“ findet am 5. August 1954 in Hamburg eine Diskussion mit dem Titel „Einer reformirten ortografi auf den zan gefült“ statt (Strunk 1992: 140). Ungefähr 120 Gäste werden ins Studio eingeladen: Vertreter aus den Bereichen der Wissenschaft, der Kunst, der Wirtschaft und der Schulbehörden, außerdem Verleger, Schauspieler, Pädagogen, Juristen, Korrektoren, Schriftsteller und Primaner. Diskussionsleiter war Dr. Brühl von der Redaktion der **Süddeutschen Zeitung**, Referent Thierfelder, Koreferent Prof. Pretzel von der Universität Hamburg (ebd).
Die spezifischen Möglichkeiten des neuen Mediums, Zuschauer und Diskussionsteilnehmer zu beeinflussen, werden geschickt genutzt. Die **Schwäbische Zeitung Leutkirch** vom 7.08.1954 geht darauf ein, dass „die Studiowände mit suggestiven Beispielen aus den neuen Vereinfachungsvorschlägen beschriftet waren“. Der Verfasser dieses Artikels ist der Meinung, es handele sich hier wirklich um Beispielsätze, die in den Reformvorschlägen vorhanden seien (Strunk 1992: 141). Somit wird die Aufmerksamkeit der Journalisten und aller Interessenten an der Rechtschreibdiskussion auf die strittigen Sprüche gelenkt: „Fil fi fil durch schnefal“ (**Hamburger Echo** vom 5.08.1954), bzw. „forsicht, der kan kan lek

[11] Die endgültige Fassung des Reformprogramms wird 1954 in Stuttgart erarbeitet und mit dem Titel „Stuttgarter Empfehlungen“ veröffentlicht.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

sein“ (**FAZ** vom 6.08.1954). Thierfelder versichert während der Sendung: „Die Sprüche an den Wänden hier haben mit unseren Vorschlägen nichts zu tun. Wir sind gegen jeden Radikalismus“ (**Hamburger Echo** vom 5.08.1954). Diese Versicherung hat aber nicht so viel Gewicht wie die optische Präsenz der Sprüche in der Sendung. Zu den als Wandschmuck verwendeten Parolen ebenso wie zum Thema der Sendung äußern sich verschiedene Zeitungen wie zum Beispiel **FAZ**, **Hamburger Echo**, **Schwäbische Zeitung** usw.
Teilnehmer an der Rechtschreibdiskussion haben darauf hingewiesen, dass die meisten Zeitungsartikel das Werk „armseliger Schreiberlinge“ seien und „kein klares Bild der Reformbemühungen“ liefern; infolgedessen schlussfolgert Hellwig (zit. nach Küppers 1984: 123):

> Solange sich aber der Durchschnittsbürger seine Meinung auf Grund von Zeitungsartikeln bilden muss, die vielfach die Tatsachen nur unvollständig oder unsachlich wiedergeben, die weniger Interesse an einer Klärung des Problems als an der Anhänglichkeit ihrer Leserschaft zeigen, [...] so lange kann die so notwendige Rechtschreibreform nicht in das Stadium allgemeiner Einsichtmachung und endlicher Durchführung gelangen.

2.10 Die Haltung der Presse zu den Reformbestrebungen 1958-1963

Bei den Verhandlungen der Wiesbadener Empfehlungen handelt es sich um eine differenziertere Diskussion als in Stuttgart 1954. Diesmal beteiligen sich an den Sitzungen Sprachwissenschaftler, Vertreter der Berufsverbände und Politiker, was dazu führt, dass anfangs die Medien nüchtern auf die neuen Rechtschreibvorschläge reagieren. Die Empfehlungen werden dargestellt und man überlässt es dem Leser sich für oder gegen die geplante Neuerung auszusprechen (Küppers 1984: 133).
Im Laufe der Zeit nimmt aber die Emotionalität in der Reformdiskussion zu. Es entsteht eine Polemik in der Presse ausgehend von den Reformern, die man als „höchst gefährliche Fanatiker“ und „Sprachmechaniker“ bezeichnet. Der Kampf gegen diese „Neuerungssüchtigen, die aus krankhafter Geltungssucht handeln, ist [...] nicht Sache des Sprachkundigen.“ Der inhaltlich strittige Reformpunkt ist die geplante „gemäßigte Kleinschreibung“. Die Kommentatoren sind der Meinung, dass schon der Terminus „gemäßigt“ auf die „Demagogie“ der Reformer hindeutet, wobei sich die Gegner für die Vereinfachung des Sprachdenkens und des Denkens überhaupt erklären (ebd.). Außerdem wird in diesem Zusammenhang wieder das Argument des Traditionsverlustes in den Vordergrund gestellt. Die Rechtschreibdiskussion wirkt äußerst verwirrend auf die Öffentlichkeit, zumal man davon spricht (**FAZ** vom 10.01.1959), dass bei der entscheidenden Schlussabstimmung eine große Anzahl von Gegnern abwesend gewesen sei (Näheres zu dieser Fehlinformation siehe in Strunk 1992: 480).

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Es wird aber nicht als notwendig betrachtet, die Bevölkerung durch eine Pressekampagne aufzuklären[12], sie über die Wiesbadener Empfehlungen zu unterrichten.

2.11 Die Darstellung der Reformbemühungen in den Medien zwischen 1964 und 1973

Die Diskussion der Rechtschreibvorschläge in Zeitungen und Zeitschriften weist, wie in den Jahren zuvor, eine große Emotionalität auf. Dabei spielt die Tatsache, dass die Reformbefürworter bei der Durchsetzung ihrer Reformvorschläge in die Offensive gehen, eine bedeutende Rolle. Sie schlagen genau so heftig wie die Reformgegner zurück, was sich in der Beschreibung der Person des Reformgegners bemerken lässt. Man bezeichnet die Reformgegner als „Wächter von gefangenen Flöhen", „Schwarzseher" oder „Nörgler", die „kaum böswillig sondern schlecht borniert" seien (zit. nach Küppers 1984: 141).
Einem Protokollauszug des Deutschen Bundestages (08.02.1968) wird die konkrete Forderung von politischer Seite zur gemäßigten Kleinschreibung entnommen (s. Weiteres hierzu in Strunk 1998: 377-378; Nr. 345 A10/ST Deutscher Bundestag – 5. Wahlperiode – 08.02.68, Protokollauszug). Auf die Frage des Abgeordneten der SPD, Flämig:

> Herr Staatssekretär, […] besteht also in absehbarer Zeit keine Chance zu einer gemäßigten Kleinschreibung im deutschen Sprachgebrauch zu kommen?

antwortet Benda, parlamentarischer Staatssekretär:

> [...] Wenn ich so sagen darf, sehe ich in der Tat keine sehr große Aussichten, zu einem Erfolg zu gelangen.

Er versichert aber, dass „die Verbindungen zwischen den Fachleuten des ganzen deutschen Sprachraumes aufrechterhalten bleiben, und die Bemühungen weiter gehen mit dem Ziel, wenigstens zu einer einheitlichen Minimallösung für die Rechtschreibreform zu kommen."
Infolge der Veröffentlichung der Broschüre „Marx statt Rechschreibung" (vgl. hierzu Näheres in Jansen-Tang 1988: 116) von der CDU Hessen wird die Rechtschreibdiskussion auf politischer Ebene weiter geführt. Der Titel der Broschüre weist schon darauf hin, dass den Lernenden empfohlen wird, sich lieber auf die marxistischen Lehren als auf die Rechtschreibung zu konzentrieren. Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass es Unstimmigkeiten bezüglich dieses Themas auch zwischen den Parteien gibt (vgl. dazu Zabel 1997: 10, Lüthgens

[12] In der Presse erscheinen nur wörtlich abgedruckte Auszüge aus dem Reformprogramm.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

2002: 135), wobei sich die CDU im Gegensatz zur SPD für die Beibehaltung der Großschreibung einsetzt.
Ein großer Teil der Reformgegner erblickt hinter der Rechtschreibreform einen verdeckten Angriff linker Revolutionäre auf die Grundwerte der deutschen Kultur und suggeriert dies dem Leser.
Digeser schreibt in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** vom 02.06.1973:

> Die Abschaffer gebärden sich superprogressiv und verteufeln jeden, der Bedenken hat, als hoffnungslos gestrig, verkalkt oder reaktionär (zit. nach Küppers 1984: 147).

Die Reformgegner fühlen sich „nicht nur offen in ungerechtfertigter Weise angegriffen, sondern zugleich einer Verschwörung ausgeliefert, die sie zu überfahren drohte“ (ebd.: 148), denn:

> Was man in der Bundesrepublik mit offenen Diskussionen nicht erreichen kann, verabredet man in revolutionären Reformkomitees, verhandelt es in Klausur mit anderen Ausschüssen oder Gruppen gegebenfalls in Austausch gegen Zusagen auf anderem Felde, und kommt dann schlagartig mit Parolen an die Öffentlichkeit [...]

Abschließend lässt sich für die ganze Zeitspanne 1964-1973 eine Emotionalisierung der Rechtschreibdiskussion in Zeitungen und Zeitschriften feststellen, sowie auch heftige Reaktionen zu den politisch-ideologischen und öffentlichen Beiträgen.

2.12 Die Aufnahme der Reformbemühungen in den Medien zwischen 1974 und 1985

Dieselben Tendenzen setzen sich zwischen 1974 und 1985 fort. Obwohl die Reformgegner betonen, dass es wichtig ist, „[...] frei von Emotionen und Ideologien sachliche Argumente für eine sachliche Lösung vorzubringen [...]“, werden die Reformer in der Presse als „Demagogen“, „Bildungsrevolutionäre“, „Orthographie-Planierer“, „Kleinschreibfanatiker“ oder „fanatische Sektierer“ bezeichnet (zit nach Küppers 1984: 168).
Die Reformkritiker weisen darauf hin, dass die neuen Regeln das Lesen erschweren und das dürfe nicht „das Resultat einer Reform sein, die sich so ‘sozial’ gebärdet.“ Außerdem verliert dadurch die deutsche Schrift ihren persönlichen Charakter und Rang:

> Man stelle sich einmal vor, in unserem Grundgesetz hieße es: ‚die würde des menschen ist unverletzlich.’ Wäre sie nicht schon ihres besonderen Ranges verlustig gegangen? (ebd.: 170)

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Interessant ist es festzustellen, wie sich die Durchführung einer westdeutschen Pressekampagne auf die Rechtschreibdiskussion in der DDR ausgewirkt hat. Seit Mitte 1982 wird über die Rechtschreibreform in der DDR nicht mehr diskutiert, was auf die von der Regierung getroffenen politischen Maßnahmen zurückzuführen ist (Zabel 1997: 21-22).
Infolge eines Interviews des Mitglieds der Forschungsgruppe Orthographie Dieter Herberg im Radiosender DDR II über die Sachlage der wissenschaftlichen Arbeit an der Rechtschreibreform kommt es zu einer endgültigen Tabuisierung dieser Problematik. Dieter Herbergs Worte werden von einigen westdeutschen Publikationsorganen zu der Aussage verarbeitet, dass in der DDR eine Orthographiereform oder zumindest die gemäßigte Kleinschreibung eingeführt wird. Um solche Pressekampagnen in der Zukunft zu vermeiden, verbietet man in der DDR weitere Publikationen zu dieser Problematik.
Man kann schlussfolgern, dass in der Zeit zwischen 1974 und 1985 weder die west- noch die ostdeutsche Bevölkerung sachlich und objektiv in Bezug auf die Rechtschreibreform aufgeklärt wird.

2.13 Die Reaktion in den Medien auf die Reformbemühungen zwischen 1986 und 2004

Die Rechtschreibreform stellt ein festes Thema in den Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen dar. Sie hat heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit hervorgerufen, da sich ihre Befürworter und Kritiker in den Medien[13] dazu äußern. Bewertende Signale sind oft in den Überschriften zu bemerken. Diese wecken das Interesse der Leser und somit erreichen die Journalisten ihr Ziel. Außerdem nimmt dadurch das Engagement in Bezug auf die Rechtschreibreform zu, „und zwar in der angedeuteten Richtung, nämlich polarisierend“ (Eroms 1999: 198).
Als neutrale Überschriften in der Presse können folgende bezeichnet werden:

„Das Urteil von Frankfurt“ (**SZ** 08.10.2003)
„Das deutsche Schreib-Amt“ (**SZ** 04.02.2004)
„’Rat für deutsche Rechtschreibung’“ (**Die Welt** 05.06.2004)
„Ministerpräsidenten beraten über Rechtschreibreform“ (**FR** 07.10.2004)
„Rechtschreibreform soll unter die Lupe eines Rates“ (**FR** 15.10.2004)

[13] Eroms (1999: 216) stellt Folgendes fest: „Von den großen Tages- und Wochenzeitungen kommentieren so gut wie ausschließlich, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Der Spiegel ganz überwiegend ablehnend, die Frankfurter Rundschau, das Neue Deutschland und Die Zeit fast nur zustimmend [...]. Die Süddeutsche Zeitung ist bemüht den Reformimpetus zu würdigen, wird aber zunehmend skeptischer in der Kommentierung.“

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Eine Zustimmung kann man folgenden Überschriftstypen entnehmen:

> „Wem gehört die Sprache? Streit um die Rechtschreibreform: Rolle rückwärts mit Medienmacht / Für Verwirrung sorgt vor allem das Hin und Her“ (**ND** 12.08.2004)
> „Rechtschreibreform kommt wie geplant / Neuregelung tritt im August 2005 endgültig in Kraft“ (**FR** 08.10.04)
> „Rechtschreibreform bleibt“ (**FR** 08.10.2004)
> „Komplott im Sommer“ (**Die Zeit** 10.08.2004)
> „Die Gegner der Rechtschreibreform jubilieren – aber sie haben unrecht“ (**Die Zeit** 15.08.2004)
> „Die neue Freiheit“ (**Die Zeit** 29.07.2004)

Folgende Überschriften lassen eine klare Ablehnung der Rechtschreibreform erkennen:

> „Reformkorrektur stiftet neues Chaos“ (**Der Spiegel** 12.01.1998)
> „Chaos an Schleswig-Holsteins Schulen“ (**Der Spiegel** 05.10.1998)
> „Akademie-Präsident und IDS fordern Ende der Verwirrung“ (**Der Spiegel** 04.08.2000)
> „Sprachbanausen lassen den Bindestrich verschwinden“ *(***Der Spiegel** 04.11.2002)
> „Nach fünf Jahren Praxis: Neue Attacke gegen die Rechtschreibreform“ (**Der Spiegel** 19.11.2003)
> „An der Zusammenschreibung gescheitert“ (**Die Welt** 27.05.2004)
> „Widerstand gegen die Reform“ (**Die Welt** 04.06.2004)
> „Mehrheit will alte Rechtschreibung“ (**Die Welt** 21.06.2004)
> „Die letzte Schangs“ (**Die Zeit** 29.07.2004)
> „Unzweifelhaft eine Katastrophe“ (**Der Spiegel** 2.08.2004)
> „Die Karre aus dem Graben ziehen“ (**SZ** 06.08.2004)
> „Die Rechtschreibreform muß vom Tisch“ (**Deutsche Sprachwelt** 20.09.2004)
> „Vollmer: Kultusminister sollten sich entschuldigen“ (**FAZ** 24.09.2004)
> „Frankfurter Appell: Schriftsteller fordern Rücknahme der Rechtschreibreform“ (**Der Spiegel** 06.10.2004)
> „Rat für Rechtschreibung/ Auch das PEN-Zentrum macht nicht mit“ (**FAZ** 30.10.2004)

Wie man sieht, ist in der Zeitspanne 1998-2004 die Zahl der stellungnehmenden Überschriften, die bis 1997 eher selten waren (Eroms 1999: 201), gestiegen.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Dies ist einerseits auf die Verfassungsbeschwerde 1998[14] gegen die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung zurückzuführen, andererseits finden im Sommer 2004 wichtige Ereignisse, die heftige Reaktionen in den Medien hervorrufen, statt.
Aufsehen erregen im August 2004 die Axel Springer AG und der Spiegel-Verlag, die zur bewährten Schreibweise zurückkehren. Hintergrund dieser Intiative ist

> die mangelnde Akzeptanz und die zunehmende Verunsicherung bezüglich des vorgegebenen Regelwerks für die deutsche Schriftsprache,

denn

> nach fünf Jahren praktischer Erprobung in den Druckmedien und sechs Jahren in den Schulen hat die Reform weder für professionell Schreibende noch für Schüler Erleichterung oder Vereinfachung gebracht (**Der Spiegel** 6.08.2004).

Infolgedessen erklärt die Kultusministerkonferenz:

> Seit 1998 lernen zirka 12,5 Millionen Schülerinnen und Schüler nach dem reformierten Regelwerk der deutschen Rechtschreibung. Das geschah und geschieht weitestgehend ohne Probleme, wie die Rückmeldungen aus den Schulen zeigen. Ebenso lesen sie in ihrer Freizeit Kinder- und Jugendbücher sowie Jugendzeitschriften, die ebenfalls seit Jahren die neuen Regeln berücksichtigen.
>
> Vor diesem Hintergrund führt die heute bekannt gegebene Entscheidung der Axel Springer AG und des Spiegel-Verlages, in ihren Publikationen wieder die alte Rechtschreibung anzuwenden, in hohem Maße zur Verunsichreung gerade bei Kindern und Jugendlichen (Rettet die deutsche Sprache 2004: 159).

Die anderen Zeitungs- und Zeitschriftenverlage beziehen in folgender Weise Stellung dazu (**FR** 06.08.2004):

> „*FR* bleibt bei neuer Rechtschreibung"
> „*taz* folgt Spiegel und Axel Springer Verlag nicht"
> „NRW-Zeitungen beobachten Entwicklung"
> „*Stern* hält an neuer Rechtschreibung fest"
> "*Focus* bleibt bei neuer Rechtschreibung"
> „*HAZ* bleibt zunächst bei der neuen Rechtschreibung"
> „*Deutsche Sprachwelt* begrüßt Rückkehr"

[14] Das Bundesverfassungsgericht hat auf die mündliche Verhandlung vom 12. Mai 1998 mit Urteil vom 14. Juli 1998 Folgendes entschieden: Die Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in den Schulen ist unbegründet und wird zurückgewiesen (Pressemitteilung Nr. 79/98 vom 14. Juli 1998).

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

„Süddeutscher Verlag will zur alten Rechtschreibung zurückkehren"

Die Ministerpräsidenten der Länder haben nun einen „Rat für deutsche Rechtschreibung" eingesetzt, in dem Reformgegner wie –befürworter noch einmal die strittigen Fragen erörtern sollen. Damit ist wieder Bewegung in die Diskussion gekommen. Demzufolge verspricht der **Spiegel**, dass er sich sinnvollen Reformvorschlägen nicht verweigern wird. Er möchte nun abwarten, wie die Beratungen des Gremiums verlaufen und sein weiteres Vorgehen bezüglich der Rechtschreibung davon abhängig machen.[15]
In dieser Zeitspanne stoßen in der Presse „Bewahrer" und „Fortschrittler" aufeinander. Der Vorwurf, sich dem Fortschritt zu verweigern, trifft vehement auf die Gegenposition mit der Tradition und Kultur zu brechen, wie die folgenden Reaktionen in der Presse zeigen:

> Widerspruchfrei wäre nur eine rein fonetische Orthografie, wie es sie im Italienischen, Russischen, Portugiesischen gibt. Eine solche würde uns allerdings zur Entscheidung zwingen, ob wir *weich* und *Keiser* oder *Kaiser* und *waich* schreiben wollen. Wir müssten uns auch von der grammatikalisch begründeten Großschreibung verabschieden, obwohl sie, wie viele Untersuchungen gezeigt haben, die Lesbarkeit entscheidend erhöht.
> Erst das wäre der große Kulturbruch, den die Reformgegner schon jetzt beklagen (**Die Zeit** 29.07.2004).

Jessen weist in seinem Artikel „Die neue Freiheit" (**Die Zeit** 29.07.2004) darauf hin, dass „der größte Gewinn der Rechtschreibreform die Liberalisierung der Schreibweisen ist, was die Reformgegner am meisten aufregt." Wenn sie zur alten Orthographie zurückkehren wollen, haben die Reformgegner nur die „Bequemlichkeit ihrer Generation auf ihrer Seite." Diesen Argumenten tritt man mit denen der „Rechtschreibunsicherheit" und „Spaltung der Leserschaft" entgegen (Stock in ebd.). Die Rechtschreibdiskussion bewegt sich nicht nur im rationalen sondern auch im emotionalen Bereich, somit werden auch Erklärungen wie die folgende vorgebracht: „Das Volk zürnt, weil es sich seiner schwierigen, aber *lieb gewonnenen* Schrift enteignet fühlt" (**Die Zeit** 29.07.2004).
Die Reformer sehen in den Gegnern der Reform allgemeine Verweigerer. Das **Sonntagsblatt** (01.08.1997) und die **Frankfurter Rundschau** (30.07.1997) gehen darauf ein, dass in Deutschland alle Reformen, die notwendig sind, blockiert werden. Deshalb war „Reformstau" das „Wort des Jahres 1997". Es bezieht sich sowohl auf die Steuer-, Renten-, Gesundheitsreform als auch auf die

[15] Aufgrund meiner Anfrage nach der Stellungnahme des **Spiegels** zur neuen Rechtschreibung habe ich die oben dargestellten Informationen erhalten. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Angelika Rode bedanken.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Rechtschreibreform, was man in den vielen Karikaturen, die in den Zeitungen erschienen sind, bemerken kann (Eroms 1999: 219).
Dieses Problem wird auch später von Stock, der im Artikel „Die letzte Schangs“ folgende Lösung dafür vorschlägt, aufgegriffen (**Die Zeit** 29.07.2004):

> Und nun kommt das allerletzte Argument für die Rechtschreibreform: Ihre Rücknahme bewiese die generelle Reformunfähigkeit Deutschlands. Das ist völlig absurd. Das Wahlvolk kann an Zutrauen in wichtigere Reformprojekte nur gewinnen, wenn die Politik auch einmal einen Fehler einbekennt und einen Irrtum korrigiert. Die Ministerpräsidenten der Länder müssen ihren Kultusministern die Zuständigkeit für die Reform entwinden und sie kurz vorm Ziel stoppen.

Die letzten Ausführungen weisen schon darauf hin, dass seit Jahresmitte 2004 die Rechtschreibreform eine ganz schlechte Presse hat. Journalisten, Kommentatoren und Autoritäten, die sich als Experten ausweisen (**Mut** im Dezember 2004), „verbreiten Fehlmeldungen in der Öffentlichkeit“ wie z.B. der Artikel, der am 2.08.2004 im **Spiegel** erscheint und die Überschrift „Unzweifelhaft eine Katastrophe“ trägt. Dieser Artikel wird von der **Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien** übernommen und am 17.08.2004 veröffentlicht. In diesem Artikel behauptet Reich-Ranicki, dass die neue Rechtschreibung unzweifelhaft eine nationale Katastrophe darstellt und versucht dies anhand von sieben Beispielen zu beweisen. Nach einer Analyse der von Reich-Ranicki aufgeführten Fälle, weist Kürschner darauf hin (**Mut** im Dezember 2004), dass diese Beispiele nicht geeignet sind, den Literaturkritiker als „Orthographie-Experten oder als Kommentator, der sich redlich kundig gemacht hat“, zu bezeichnen.
Im Zusammenhang mit dieser Problematik schlussfolgert Scheuringer (1996: 107), dass die Mehrzahl der schlechter recherchierten Artikel gegen eine Reform der Rechtschreibung eintritt.

3. Schlussfolgerungen

Die Rechtschreibung ist in der öffentlichen Diskussion nach wie vor eines der zentralen Themen. Daher spielen die Medien eine wichtige Rolle in der Regelung und Reform der deutschen Rechtschreibung; dies hat sich immer wieder im Laufe der Zeit bestätigt, wenn man bedenkt, dass schon 1876 infolge einer Pressekampagne und des dadurch entstandenen politischen Druckes die Rechtschreibreform nicht durchgesetzt wurde.
In den Medien widerspiegeln sich oft Emotionen und falsche Schlussfolgerungen, was dazu führt, dass die Sachdiskussion in Bezug auf die Reformbemühungen in den Hintergrund tritt. Somit werden an die Öffentlichkeit bestimmte Argumentationsmuster herangebracht, die sich im Laufe der dargestellten

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Reformbestrebungen wiederholen wie zum Beipiel der Traditions- und Kulturbruch, die emotionalen Argumente, die politischen Gründe.
Der Vorwurf des Traditions- und Kulturbruches ruft häufig einen Konflikt zwischen den Reformgegnern, „den Bewahrern“, und den Befürwortern, „den Fortschrittlern“ hervor. Der Angriff in den Medien richtet sich überwiegend gegen die Letzteren, denen man vorwirft, dass sie die Tradition zerstören wollen. Deshalb sehen es die Gegner als ihre Pflicht, die Rechtschreibnorm, „ein Kulturwert“ (zu weiteren Beiträgen hierzu vgl. Eroms 1999, Jansen-Tang 1988, Küppers 1984) des deutschen Volkes, zu verteidigen. In diesem Zusammenhang werden allerdings auch die emotionalen Argumente vorgebracht, welche die Bedeutung der alten Rechtschreibung insbesondere der Beibehaltung des Großbuchstaben beim Substantiv unterstreichen sollen.
Auch eine Ideologisierung und Politisierung der Rechtschreibdiskussion ist festzustellen, solange die politischen Hintergründe und Stellungnahmen eine entscheidende Rolle in der Durchsetzung des Reformgedankens spielen. Andererseits ist auch der Einfluss der Medien auf die Politiker nicht zu unterschätzen (Scheuringer 1996: 107). Dargestellt als Instrument der verschiedenen politischen Kräfte, welche die Rechtschreibreform im eigenen Interesse entweder befürworten oder ablehnen, verursacht die Rechtschreibung oft eine heftige politische Diskussion in den Medien. Diese haben gezeigt, dass die politischen Unstimmigkeiten vorwiegend einen „ideologischen Zwist“ hervorrufen (vgl. dazu Jansen-Tang 1988: 120), wodurch die Reformbereitschaft der Politiker eher gehemmt wird.
In den letzten Jahren hat man von einer „Verunsicherung“ der Öffentlichkeit gesprochen, die zur Rücknahme der neuen Rechtschreibung führen sollte; hierzu bezieht die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Doris Ahnen, Stellung und betont Folgendes:

> Was die Betroffenen verwirrt und verunsichert hat, war die öffentliche Debatte, als einige gesagt haben, wir machen da nicht mit (**Der Spiegel** 22.11.2004).

Dabei erweist sich aber auch die Tatsache als problematisch, dass die Öffentlichkeit in Bezug auf die Rechtschreibreform von den dafür zuständigen Institutionen nicht aufgeklärt wurde, worauf auch Ahnen in ihrer folgenden Aussage hindeutet:

> Es hat immer wieder öffentliche Anhörungen und Berichterstattungen gegeben. Nichtsdestotrotz will ich einräumen: Als klar wurde, dass die Reform umgesetzt werden würde, hätte man eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit betreiben müssen (**Der Spiegel** 22.11.2004).

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Dies wäre notwendig gewesen, denn eine Rechtschreibreform kann nicht ohne die Zustimmung und Unterstützung der Öffentlichkeit durchgesetzt werden.

Zitate aus folgenden Tages- und Wochenzeitungen:

Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien
Das Reich
Das schwarze Korps
Das Sonntagsblatt (DS)
Der Spiegel
Der Tagesspiegel (Tsp)
Die Schwäbische Zeitung Leutkirch
Die Welt
Die Zeit
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
Frankfurter Rundschau (FR)
Hamburger Echo
Kölnische Zeitung
Leipziger Volkszeitung (LVZ)
Nationalzeitung
Neues Deutschland (ND)
Norddeutsche Zeitung
Mut
Pressemitteilungen des Bundesverfassungsgerichtes
Rheinischer Merkur (RM)
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Völkischer Beobachter

Literatur

Ahmels, Herbert (1938): „Spracherziehung im Deutschunterricht“. In: **Deutsche Schulzeit in Polen** 18, 46-49.

Birken-Bertsch, Hanno/ Markner, Reinhard (2000): **Rechtschreibreform und Nationalsozialismus: ein Kapitel aus der politischen Geschichte der deutschen Sprache**, Göttingen: Wallstein.

Eroms, Hans Werner (1999): *Die Rechtschreibreform in der öffentlichen Meinung*. In: **Sprache- Sprachwissenschaft- Öffentlichkeit**, 194-224.

Institut für deutsche Sprache (Hrsg.) (2004): **Rechtschreibreform. Eine Zusammenfassung**, Sprachreport- Extraausgabe Juli 2004, Mannheim.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)

Internationaler Arbeitskreis für Orthographie (1992): **Deutsche Rechtschreibung. Vorschläge zu ihrer Neuregelung**, Tübingen: Günter Narr.

Küppers, Hans-Georg (1982): **Orthographiereform und Öffentlichkeit. Zur Entwicklung und Diskussion der Rechtschreibreformbemühungen zwischen 1876 und 1982**, Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann-Bagel (= Sprache der Gegenwart, Bd. LXI).

Linser, Paul (1939): *Grundsätze einer volkstümlichen Schreibung*. In: **Die deutsche Berufserziehung A. Gewerbliches Schulwesen**, 207-209.

Lüthgens, Stephanie (2002): **Rechtschreibreform und Schule**, Frankfurt a.M.: Lang.

Munske, Horst Haider (1997): **Orthographie als Sprachkultur**, Frankfurt a.M.: Lang.

Nerius, Dieter (Hrsg.) (2000): **Deutsche Orthographie**, Mannheim u.a.: Dudenverlag.

Nerius, Dieter (Hrsg.) (2002): **Die Orthographischen Konferenzen von 1876 und 1901**, Hildesheim u.a.: Olms (= Documenta Orthographica: Abt. B, 19. und 20. Jh.; Bd. 5).

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Hrsg.) (1943): **Richtlinien für die Bildungsarbeit in der Gehörlosenschule**, Berlin.

Rettet die deutsche Sprache. Beiträge, Interviews und Materialien zum Kampf gegen Rechtschreibreform und Anglizismen, Berlin: Junge Freiheit, 2004.

Scheuringer, Hermann (1996): **Geschichte der deutschen Rechtschreibung. Ein Überblick. Mit einer Einführung zur Neuregelung ab 1998**, Wien: Edition Praesens (=Schriften zur diachronischen Sprachwissenschaft, Bd. 4).

Schulze, Hagen (1996): **Kleine deutsche Geschichte**, München: C.H. Beck.

Strunk, Hiltraud (1992): **Stuttgarter und Wiesbadener Empfehlungen: Entstehungsgeschichte und politisch-institutionelle Innenansichten gescheiterter Rechtschreibreformversuche von 1950 bis 1965**, Frankfurt a.M.: Lang.

Strunk, Hiltraud (Hrsg.) (1998): **Dokumente zur neueren Geschichte einer Reform der deutschen Orthographie: die Stuttgarter und Wiesbadener Empfehlungen**, Hildesheim u.a.: Olms (= Documenta Orthographica: Abt. B, 19. und 20. Jh.; Bd. 10,1 und 2).

Zabel Hermann (1997): *Die Geschichte der Reformbemühungen von 1970 bis 1995 in der BRD*. In: Augst, Gerhard (Hrsg.): **Zur Neuregelung der deutschen Orthographie: Begründung und Kritik**, Tübingen: Niemeyer.

BDD-A13168 © 2006 Mirton Verlag
Provided by Diacronia.ro for IP 216.73.216.77 (2026-11-18 10:58:49 UTC)